

2. Das Ende der französischen Handlungsfreiheit wurde durch mannigfache Wandlungsprozesse herbeigeführt. Da war zuerst der immer selbstbewußter auftretende saarländische Autonomismus als Partner, der sich auf keinen Fall protektionistisch von Frankreich bevormunden lassen wollte. Auf den Plan getreten war inzwischen auch eine saarinterne Opposition. Sie verneinte jede Form separaten Daseins ihrer Heimat und pochte z. B. im Kulturpolitischen entschieden für eine Unversehrtheit des nationalen Deutschtums. Gestärkt wurde ihre Position durch die Provokation einer gewollten kirchlichen Separation, die aber erfolgreich abgewehrt werden konnte.
3. Dieser wachsende Widerstand an der Saar gewann, und damit wird ein weiterer Grund für das Aufkeimen der Saarfrage genannt, in dem Maße an Kraft, wie die Bundesrepublik Deutschland an politischer Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität gewann. Gleichzeitig erhielt die Saar eine politische Anwaltschaft, die vom Standpunkt nationaler Solidarität und im Namen des nationalen Selbstbestimmungsrechts die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Saarländer zu vertreten suchte. Diese Haltung erhielt einerseits durch die schmerzhaft empfundene deutsche Teilung einen zusätzlichen Impuls, weil die Saarfrage sozusagen zum Testfall für den Anspruch der Bundesrepublik auf eine gesamtdeutsche Legitimation wurde, sie erfuhr aber andererseits durch den Beginn der westeuropäischen Integration auch ihre Grenzen, weil die angesichts der sowjetischen Bedrohung als notwendig erkannte Zusammenarbeit eine Konfliktlösung nur im Rahmen von Kompromissen zuließ.
4. Eine wesentliche Voraussetzung für den friedlichen Ausgang des Saarstreits war das erkennbar werdende Schicksal Deutschlands als geteilte Nation, da der ausschlaggebende Grund für die französische Saarpolitik, nämlich die deutsche Vormacht verhindern zu wollen, nicht mehr gegeben war.
5. Parallel zum nachlassenden französischen Interesse an der Saar, ein Prozeß, der durch das persönliche Engagement Grandvals sicherlich verlangsamt und vielleicht dadurch in seinen Wirkungen bis 1955 verdeckt geblieben ist, stand die wachsende Anteilnahme Deutschlands an der Saar, die wiederum bei den Saarländern deswegen ihr Echo fand, weil die dynamisch sich erholende Bundesrepublik schnell an Anziehungskraft gewann und gegenüber dem krisengeschüttelten Frankreich der Vierten Republik einen Wechsel im Kräfteverhältnis schaffte. Daß die Saarfrage schon im Jahre 1950 für die französische Außenpolitik mehr eine Angelegenheit der Pflicht als der Leidenschaft war, darauf deutet eine Äußerung des Europäers Schuman gegenüber dem Europäer Adenauer im Zeitraum erster deutsch-französischer Gespräche über die Saar hin. Danach habe er *die Saarpolitik nicht begonnen, sondern er habe sie übernommen*⁴.
6. Seine Chancen in den bald einsetzenden Auseinandersetzungen um die Saar suchte auch der saarländische Autonomismus. Er verlor aber zusehends an Ansehen und Profil, weil er sich mit seinem Postulat von einer regionalen Selbstverwirklichung und

⁴ Zitiert nach Ausführungen Adenauers vor dem CDU-Bundesvorstand. Stenographisches Protokoll über die 3. Vorstandssitzung des CDU-Bundesparteivorstandes am 10. 5. 1951 zu Bonn, S. 24. Archiv des Konrad-Adenauer-Hauses, Bonn. In seinen Memoiren zitiert Adenauer eine ähnliche Aussage Schumans. Sie steht im Zusammenhang mit der Erörterung von komplizierten Rechtsfragen um die Saar und lautet in der erzählenden Wiedergabe von Adenauer: „Er habe sie (die Saarfrage) nicht geschaffen, sondern bei seinem Antritt als Außenminister im Jahre 1948 so vorgefunden“. K. Adenauer, Bd. 1, S. 300.